

DER NAHOSTKONFLIKT NACH DEM GAZA-KRIEG

Die strategische Wirkung des Gaza-Kriegs ist bemerkenswert gering. Israel setzt mit seiner Isolierungsstrategie gegenüber der Hamas unverändert auf kurzfristiges Konfliktmanagement und vermag keine Perspektiven zur Lösung des Nahostkonflikts aufzuzeigen. Die Palästinenser streben zwar eine Überwindung ihrer Spaltung an, dürften sich aber höchstens vordergründig auf eine gemeinsame Israel-Strategie einigen können. Auch die USA und die EU haben zur verworrenen politischen Lage in Nahost beigetragen, tun sich in der Frage eines Kurswechsels im Umgang mit den Islamisten jedoch schwer.



Sicherheitskräfte der Hamas vor einem anti-israelischen Graffiti in Gaza, 15. Februar 2009. Reuters / M.Salem

Der Gaza-Krieg zwischen Israel und der Hamas um die Jahreswende 2008/09 war bereits die siebte militärische Konfrontation im Nahostkonflikt seit der Staatsgründung Israels 1948. Er hat verdeutlicht, dass Waffengewalt nach wie vor ein integraler Bestandteil des Konfliktmanagements im Nahen Osten ist. Zudem war er ein weiteres Indiz dafür, wie weit Israel und die Palästinenser trotz langjähriger Verhandlungen von einer umfassenden Friedenslösung entfernt sind.

Allerdings manifestierte der Gaza-Krieg auch einen sich seit längerem abzeichnenden doppelten Wandel in der Konfliktkonstellation. Während Israel in den ersten vier Kriegen 1948/49, 1956, 1967 und 1973 gegen die regulären Armeen arabischer Staaten kämpfte, stand es in den beiden Libanon-Kriegen 1982 und 2006 und im jüngsten Gaza-Krieg nichtstaatlichen Ak-

teuren gegenüber. Innerhalb dieser asymmetrischen Konstellation hat sich der Schwerpunkt des militärischen Widerstands gegen Israel zudem von säkularen zu islamistischen Gruppierungen verschoben. Führt Israel 1982 noch hauptsächlich gegen die PLO Krieg, so waren die letzten zwei Waffengänge gegen die schiitische Hisbollah und die sunnitische Hamas gerichtet. Deren Aufstieg zu regional bedeutsamen Machtfaktoren ist ein nicht länger zu ignorierendes Strukturelement der Lage in Nahost.

Die strategische Wirkung des Gaza-Kriegs, der 22 Tage dauerte und mindestens 1200 palästinensische sowie 13 israelische Opfer forderte, ist aus heutiger Sicht bemerkenswert gering. Auch wenn die Hamas grosse Verluste erlitt, haben sich weder die Machtverhältnisse in Nahost noch die innenpolitischen Rahmenbedingungen in Israel

und den Palästinensergebieten fundamental verändert. Zwar mehren sich seit dem Kriegsende die Anzeichen, dass Israel und die Hamas an einem langfristigen Waffenstillstand interessiert sind. Ein effektiveres Konfliktmanagement und vor allem Fortschritte in der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts würden aber Kurskorrekturen in den Strategien Israels, der Palästinenser wie auch der westlichen Vermittlungsakteure erfordern, die zumindest in der Summe nicht zu erwarten sind.

Geringe strategische Wirkung

Die Ursachen des Gaza-Kriegs lassen sich im Kern auf den Erfolg der Hamas in den palästinensischen Wahlen 2006 und deren Machtübernahme im Gazastreifen nach dem Scheitern der Einheitsregierung mit der Fatah im Juni 2007 zurückführen. Auf die Weigerung der Hamas, Israels Existenzrecht anzuerkennen und der Gewalt abzuschwören, reagierte die Mitte-Links-Regierung von Premier Olmert zunächst mit einer Wirtschaftsblockade und einer politischen Isolierungsstrategie. Nachdem ein im Dezember 2008 auslaufender sechsmonatiger Waffenstillstand für beide Seiten nicht die erhoffte Wirkung gezeitigt hatte und die Hamas den Raketenbeschuss Südisraels intensivierte, entschied sich Israel schliesslich zu einer massiven militärischen Eskalation.

Bezeichnenderweise nahmen aber Israel und die Hamas nach dem Gaza-Krieg in den von Ägypten vermittelten indirekten Verhandlungen über einen längerfristigen Waffenstillstand den Faden dort wieder auf, wo die Gespräche Ende 2008 gescheitert waren. Nach wie vor fordert die Hamas eine Öffnung der Grenzübergänge

Israelische Siedler in den besetzten Gebieten					
Jahr	Westjordanland	Gazastreifen	Ostjerusalem	Golanhöhen	Total
1972	1182	700	8649	77	10'608
1983	22'800	900	76'095	6800	106'595
1991	90'300	3800	137'300	11'600	243'000
1995	133'200	5300	157'300	13'400	309'200
2000	192'976	6678	172'250	15'955	387'859
2005	258'988	0	184'057	17'793	460'838
2006	268'400	0	186'857	18'105	473'362

Quelle: Foundation for Middle East Peace (www.fmep.org)

nach Ägypten und Israel. Sie will damit die Voraussetzungen dafür schaffen, ihre eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen zu können. Wie vor dem Krieg versucht sie zudem, mit dem Abschuss von Raketen auf Israel Stärke und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Israel seinerseits betont den Primat seiner Sicherheit und insistiert darauf, dass der Raketenbeschuss eingestellt und effektive Massnahmen gegen den Waffenschmuggel nach Gaza ergriffen werden. In parallelen Verhandlungen strebt es zudem die Rückkehr des 2006 verschleppten Soldaten Gilad Shalit im Austausch für die Freilassung von palästinensischen Inhaftierten an.

Zwar haben sich in den indirekten Verhandlungen seit dem Ende des Gaza-Kriegs einige Fortschritte erzielen lassen. So sollen das 2005 vereinbarte Grenzübergangskommen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie die EU-Beobachtermission am Grenzübergang Rafah die Basis für eine Öffnung der Grenzen darstellen. Allerdings dürfte die grössere Dynamik in den Gesprächen nur in beschränktem Mass auf den Gaza-Krieg zurückzuführen sein. Vielmehr haben auch der Rechtsrutsch in den israelischen Wahlen im Februar 2009 und die sich abzeichnende Machtübernahme des Likud-Chefs Netanyahu bei der Hamas und der abtretenden israelischen Regierung kurzfristig zu mehr Beweglichkeit in den Gesprächen geführt. Grundsätzlich geben die derzeitigen innenpolitischen Gegebenheiten in Israel und auf Seiten der Palästinenser jedoch Anlass zu Zweifel an der Realisierbarkeit einer langfristig tragfähigen Waffenruhe und der israelischen und palästinensischen Friedensfähigkeit.

Taktischer Erfolg, strategische Ratlosigkeit

Für Israel ist das Ergebnis des Gaza-Kriegs zwiespältig ausgefallen. Positiv bewertet wird seitens israelischer Beobachter die

Lern- und Anpassungsfähigkeit der israelischen Militärführung hinsichtlich «asymmetrischer Konflikte» mit nichtstaatlichen Akteuren. In Reaktion auf den Libanon-Krieg von 2006 gegen die Hisbollah haben die israelischen Streitkräfte operative Planungen, Kommandostrukturen, Truppenausbildung und Ausrüstung an die Bedingungen irregulärer Kriegführung angepasst. Die geringen Verlustzahlen auf israelischer Seite lassen sich vor allem mit diesen militärischen Reformen, den detaillierten Planungen im Vorfeld des Angriffs sowie dem kompromisslosen Vorgehen erklären. Aus rein militärischer Perspektive scheint somit die durch den Libanon-Konflikt beeinträchtigte Abschreckungsfähigkeit israelischer Militärmacht wiederhergestellt.

Die anfängliche Euphorie über militärische Erfolge ist jedoch seither einiger Ernüchterung darüber gewichen, dass im Gazastreifen nach dem Krieg im Grunde der *Status Quo Ante* wiederhergestellt wurde. Selbst das militärische Minimalziel, wonach Israel nicht mehr mit Raketen beschossen wird, ist verfehlt worden. Politisch geht die Hamas gestärkt aus dem Gaza-Krieg hervor. Sie übt weiterhin die politische Kontrolle über den Gazastreifen aus und hat gemäss Umfragen kaum an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Hinzu kommt, dass Israel aufgrund der enormen materiellen Schäden und des humanitären Elends, das der Gaza-Krieg verursachte, erheblichen ausserpolitischen Schaden erlitten hat. Die Zukunft der wichtigen regionalen Allianz mit der Türkei ist ungewiss. Moderate arabische Staaten wie Jordanien und Ägypten sind innenpolitisch geschwächt. Auch in westlichen Gesellschaften ist der Reputationsverlust Israels teilweise beträchtlich.

Von aussen betrachtet widerspiegelt der Gaza-Krieg in erster Linie Israels strategische Ratlosigkeit bezüglich des Umgangs mit der Hamas und der Lösung des Nahostkonflikts. Die Politik einer Isolierung und

Drangsalierung der Islamisten-Partei hat dem Land weder Sicherheit noch Stabilität und schon gar nicht Frieden gebracht. Die eigentlich relevanten israelisch-palästinensischen Verhandlungen über einen umfassenden Waffenstillstand, eine Öffnung der Grenzen und einen Gefangenenaustausch finden heute mit der Hamas und nicht mit der Fatah statt.

Die seit dem Kollaps der palästinensischen Einheitsregierung im Juni 2007 erkennbaren Bemühungen Israels, die Fatah und Präsident Mahmud Abbas im Zuge einer *West Bank First*-Strategie als Gegenpol zur Hamas zu stärken, hat die Olmert-Regierung mit dem Gaza-Krieg selbst unterminiert. Die bevorzugten palästinensischen Partner Israels sind heute schwächer denn je und innenpolitisch desavouiert. Ihre Verhandlungen mit Israel im Rahmen des Annapolis-Friedensprozesses haben keine zählbaren Ergebnisse gezeitigt. Gleichzeitig vermochte ihre Politik der Annäherung an Israel die massive Militäroperation im Gazastreifen nicht zu verhindern.

Dass die Fatah und die Hamas heute wieder über die Bildung einer Einheitsregierung diskutieren, entspricht kaum den Absichten der israelischen Führung. Die Frage des Umgangs mit der Hamas als Regierungspartei gewinnt damit neue Bedeutung. Ein Wandel der Hamas-Politik Israels zeichnet sich jedoch nicht ab. Der designierte Ministerpräsident Netanyahu erwies sich in seiner ersten Amtszeit in den 1990er Jahren als Hardliner und gilt zudem als Skeptiker einer Zweistaatenlösung. Er dürfte Olmerts Politik der Härte gegenüber der Hamas fortführen, im Unterschied zur Vorgängerregierung jedoch weniger Gewicht auf Friedensgespräche mit der Fatah legen.

Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass in Israel unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung die für eine dauerhafte Friedensregelung auf Basis der Zweistaatenlösung notwendigen Kompromisse innenpolitisch kaum durchsetzbar sind. Dies demonstriert insbesondere die fortgesetzte Siedlungsexpansion in den besetzten Gebieten und die Tatsache, dass sich seit Beginn des Friedensprozesses in den frühen 1990er Jahren die Zahl der Siedler fast verdoppelt hat.

Palästinenser zwischen Machtkampf und Versöhnung

Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen, dass die zerstrittenen palästinensischen Gruppierungen Ende Februar

2009 unter ägyptischer Vermittlung Versöhnungsgespräche aufgenommen haben und die Bildung einer Übergangsregierung sowie weitere Themen wie Wahlen, eine Reform der PLO sowie den Wiederaufbau in Gaza diskutieren. Vor dem Hintergrund der wachsenden Popularität der islamistischen Bewegung im Westjordanland und in der arabischen Welt hat sich die Fatah durch ihre de facto-Allianz mit Israel gegen die Hamas offensichtlich in eine Sackgasse manövriert. Auch Präsident Abbas steht unter starkem innenpolitischen Handlungsdruck. Seine Legitimität wird zunehmend in Frage gestellt, seit seine Amtszeit im Januar 2009 offiziell abgelaufen ist. Jüngere Fatah-Kader monieren zudem seinen ergebnislosen Verhandlungskurs gegenüber Israel und die weit verbreitete Korruption in der Partei. Sollte im Zuge eines Gefangenenaustausches die populärste Führungsfigur der «jungen Fatah», Marwan al-Barguthi, freigelassen werden, droht in den bereits mehrfach verschobenen internen Fatah-Wahlen die Abwahl der Abbas-Vertrauten.

Für die Hamas würde ein Machtteilungsarrangement die Chancen auf eine Grenzöffnung erhöhen. Zudem wäre der Eintritt der Islamisten in eine Einheitsregierung wohl mit der Hoffnung auf grössere internationale Legitimität und eine gestärkte Handlungsfähigkeit verbunden. Schliesslich kann sich nach dem Gaza-Krieg und den Wahlen in Israel auch die Hamas kaum länger der Einsicht entziehen, dass ein anhaltendes machtpolitisches Schisma dem Ziel eines palästinensischen Staates nicht förderlich ist.

Allerdings bleiben die Aussichten für die Bildung einer tragfähigen Einheitsregierung trotz der sich annähernden Interessenlagen der Hamas und der Fatah ungewiss. Zwar werden die Versöhnungsbestrebungen von einer parallelen Initiative zwischen den jeweiligen arabischen Unterstützerstaaten der beiden Fraktionen unterstützt, was sich in einer Wiederannäherung zwischen Syrien und Saudi-Arabien manifestiert. Die Gräben zwischen den verfeindeten Palästinensergruppen wie auch zwischen den arabischen Staaten bleiben jedoch tief. Insbesondere werden sich die Hamas und die Fatah äusserst schwer tun, eine gemeinsame Israel-Strategie zu formulieren und umzusetzen.

Sollte eine neue Einheitsregierung nicht zustande kommen oder in der Praxis schei-

tern, droht kurzfristig eine Verfestigung der palästinensischen Spaltung. Mittel- und langfristig wäre aber aufgrund der zunehmenden Perspektivlosigkeit und Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft auch eine Machtübernahme der Islamisten im Westjordanland nicht auszuschliessen.

Wandel der US-Nahostpolitik?

Die USA und die EU können sich dem Vorwurf einer Mitverantwortung für die jüngste Eskalation der Gewalt und die verworrene politische Lage in Nahost nicht entziehen. Obwohl sie die palästinensischen Wahlen 2006 mit Nachdruck gefordert hatten, sind sie seither Israels Strategie einer Isolierung der Hamas gefolgt. Damit haben sie zur innerpalästinensischen Polarisierung und der Radikalisierung der Hamas beigetragen. Ihre Absicht, auf der Basis des Annapolis-Prozesses eine Koalition der moderaten Staaten in der Region in Abgrenzung zum zunehmenden Einfluss Teherans aufzubauen, hat sich infolge der mangelnden Fortschritte im Friedensprozess als kontraproduktiv erwiesen und die sunnitische Hamas förmlich in die Arme des schiitischen Iran getrieben. Die in Aussicht gestellte grosszügige Wiederaufbauhilfe der USA und der EU für Gaza kann die mangelnde Stabilitätswirkung ihrer Nahoststrategien nicht verdecken.

Wie weit die von der neuen US-Administration von Präsident Obama angekündigte Kurskorrektur in der Nahostpolitik gehen wird, bleibt vorderhand offen. Positiv zu bewerten ist, dass sich Obama von Beginn an für ein aktives Engagement der USA ausgesprochen und mit George Mitchell einen erfahrenen Nahost-Beauftragten ernannt hat. Kritische Äusserungen zur israelischen Siedlungspolitik und zur Skepsis Netanyahus gegenüber einer Zweistaatenlösung könnten darauf hindeuten, dass die USA gewillt sind, die einseitig pro-israelische Positionierung der Bush-Administration aufzugeben und sich ernsthaft um Fortschritte im Nahostkonflikt zu bemühen. Allerdings bleibt abzuwarten, inwieweit Obama tatsächlich bereit ist, die innenpolitischen Belastungen einer entschlossenen Friedensvermittlung in Kauf zu nehmen.

Anders als während der letzten zwei Amtsjahre Bushs dürften die USA unter Obama die Lösung des Nahostkonflikts nicht mehr einer breiten, gegen Iran gerichteten Regionalstrategie unterordnen, sondern der wachsenden Interdependenz der bei-

den Konfliktherde durch eine parallele Behandlung Rechnung tragen. Die angekündigten Gespräche der USA mit Syrien und Iran könnten in diesem Zusammenhang ein regionales Umfeld erzeugen, das eine Regelung der Kernproblematik ohne fortwährende negative Einflussnahme von aussen ermöglicht.

Ausgesprochen schwer tun sich die USA und die EU jedoch in der Frage ihrer künftigen Hamas-Politik. Zwar hat der Ausgang des Gaza-Kriegs nachdrücklich demonstriert, dass ohne politische Einbindung der Hamas eine Konfliktlösung unmöglich ist. Zudem hat das Nahostquartett, dem die USA und die EU neben der UNO und Russland angehören, bereits im Mai 2008 die Notwendigkeit einer neuen Gaza-Strategie angedeutet. Weder Washington noch Brüssel sind bisher jedoch von ihrem Marginalisierungsansatz abgewichen, zumal die Hamas auf ihren Terroristen figuriert und Israel einen Kurswechsel ablehnt.

Indem die neue US-Aussenministerin Clinton auf eine Anerkennung Israels und die Erklärung eines Gewaltverzichts durch die Hamas als Vorbedingung für einen Dialog insistiert, spricht sie einer Fortführung der bisherigen Politik des Quartetts das Wort. Aus Sicht der Hamas stellen diese Bedingungen eine unüberwindbare Schwelle für den Beginn von Verhandlungen dar. Die Islamisten haben die PLO stets dafür kritisiert, Israel bereits zu Beginn des Friedensprozesses in den frühen 1990er Jahren anerkannt zu haben, da die Palästinenser damit ihr wichtigstes Verhandlungspfand aus der Hand gegeben hätten. Wichtige Exponenten der Hamas haben mehrfach signalisiert, dass die Hamas eine Zweistaatenlösung zwar durchaus akzeptieren könnte, Israel aber nicht vor einer umfassenden Friedensregelung anerkennen würde.

Bisher haben die USA und die EU der Hamas die Möglichkeit verweigert, sich als verantwortungsbewusste und transformationsfähige Regierungspartei zu beweisen. Falls eine neue palästinensische Einheitsregierung zustande kommt, sollten sie zumindest diese, anders als noch 2007, unterstützen. Andernfalls wären verstärkte Bemühungen des Westens zur Lösung des Nahostkonflikts von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und kostenloses Abonnement:
www.ssn.ethz.ch